

FINANZEN

## Eichels Existenzialismus

Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) stellt sich dem Wettstreit mit der Opposition um eine radikale Steuerreform. In der Berliner Humboldt-Universität will er am kommenden Mittwoch für die Zeit nach 2004 weitere Steuerentlastungen in Aussicht stellen, niedrigere Steuersätze und einfachere



UTA RADEMACHER

Eichel

Regeln inklusive. Im Manuskript für seine „Grundsatzrede zur Wirtschafts- und Finanzpolitik“ heißt es: „Wir müssen die langfristigen Wachstumskräfte der deutschen Gesellschaft stärken. Hierzu kann insbesondere ein modernes Steuerrecht beitragen.“ Die Finanzpolitik müsse stärker als bisher auf die Konjunktur Rücksicht nehmen und das Wachstum fördern. Eine kurzfristige Maßnahme bestehe darin, die Steuerreform vorzuziehen, wird der Finanzminister erklären. An gleicher Stelle hatte Eichel vor drei Jahren einen ausgeglichenen Bundeshaushalt für 2006 angekündigt, ein Ziel, das in weite Ferne gerückt ist. Schuld am desolaten Zustand der Staatsfinanzen sei die schon seit drei Jahren andauernde Stagnation, lautet nun die Erklärung. Aber auch die Reform der Sozialsysteme gehe zu schleppend voran – ein Seitenhieb auf Kabinettskollegin Ulla Schmidt. Eichel selbst sieht sich in der Rolle der griechischen Sagengestalt Sisyphos, der einen Felsbrocken bergan rollt, welcher regelmäßig wieder talwärts trudelt. Das Rede-Manuskript endet mit einem Zitat des französischen Existenzialisten Albert Camus: „Sie müssen sich Sisyphos als glücklichen Menschen vorstellen.“

ATOM-ENDLAGER

## Kompetenz im Salz

Der niedersächsische Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) will in Gorleben ein unterirdisches Atom-Endlager voranbringen. In einem Brief an Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Grüne) fordert Sander, das derzeit stillgelegte Erkundungsbergwerk „kurzfristig als Untertage-Labor für nationale und internationale Endlager-Forschungsarbeiten“ zu öffnen. Damit soll in dem umstrittenen Salzstock an der Elbe ein „Kompetenzzentrum für Endlagerfragen“ entstehen, das „in der Region ansässigen Hochschulen und Spezialunternehmen“ zusätzliche Arbeitsplätze verschaffen würde. Der Bundesumweltminister kritisiert den Vorstoß aus Hannover, da damit das seit dem Jahr 2000 im Rahmen des Energiekonsenses vereinbarte „Moratorium beim Bau eines Endlagers unterlaufen“ werde. Derzeit prüft eine Experten-Kommission der Bundesregierung weitere Standorte für einen sicheren Einschluss hochaktiver Nuklearabfälle. In der kommenden Woche werden 12 Castoren mit aufgearbeitetem Atommüll aus Frankreich in das bereits bestehende oberirdische Zwischenlager in Gorleben gebracht.

